

Der Chefökonom

## Aufschwung mit Handbremse

Die deutsche Wirtschaft erholt sich vom Einbruch infolge der Coronakrise. Doch das Wachstum fällt deutlich flacher aus.

von Dennis Huchzermeier, Bernhard Köster und Axel Schrinner

Die deutsche Wirtschaft ist nach dem Ende des Corona-Lockdowns zunächst rasant gewachsen. Die Werkshallen füllten sich, und in vielen Betrieben wurde die Kurzarbeit zurückgefahren oder beendet. Die Lkw-Fahrleistung normalisierte sich ebenso wie die Besucherzahlen in den Innenstädten. Der Einzelhandel erzielte im ersten Halbjahr sogar einen Rekordumsatz.

Zum Ende des Sommerquartals dürfte daher ein Drittel des Einbruchs vom Frühjahr aufgeholt sein, erwartet das Handelsblatt Research Institut (HRI) in seiner neuen Konjunkturprognose. „Nach Lage der Dinge sieht es aus, dass Deutschland im Vergleich zu den meisten anderen EU-Ländern erstaunlich gut durch die Krise kommen wird“, sagte HRI-Präsident Bert Rürup.

Aufgrund dieser starken Gegenbewegung, die bereits im zweiten Quartal einsetzte, hebt das HRI seine Konjunkturerwartungen für das laufende Jahr deutlich an. Die deutsche Wirtschaft dürfte demnach dieses Jahr lediglich um 6,6 Prozent schrumpfen; vor einem Vierteljahr war das HRI noch von minus neun Prozent ausgegangen.

Für das kommende Jahr rechnet das HRI nun mit einem realen Plus von 4,8 Prozent. Das Vorkrisenniveau wird daher 2022 wieder erreicht werden, die Erholung dauert damit länger als nach dem Konjunkturunbruch infolge der Finanzkrise 2008 und 2009. „Selbst wenn das Vorkrisenniveau übernächstes Jahr erreicht sein wird, fehlen der deutschen Volkswirtschaft drei Jahre Wachstum – also ein Zuwachs von real insgesamt rund 3,5 Prozent“, betonte HRI-Präsident Rürup. Die Wirtschaftsleistung werde daher dauerhaft um gut 120 Milliarden Euro geringer sein als vor der Coronakrise erwartet. „Der flachere Wachstumspfad führt zu niedrigeren Steuer- und Beitragseinnahmen.

Die Folge: Der Staat muss seine mittelfristigen Finanzplanungen überarbeiten.“ Hinzu kommt, dass sich die Erholung der Wirtschaft bereits merklich verlangsamt hat. Das auf den ersten Blick derzeit sehr stark wirkende Wachstum wird überzeichnet, da es in den Aufholmonaten Mai und Juni bereits einen kräftigen Schub für das Sommerquartal gab. Zudem wird die Binnennachfrage durch Umsatzsteuersenkung und Kinderbonus künstlich beflügelt.

## Prognose im Überblick

reale Wachstumsraten in Prozent

	2018	2019	2020	2021
BIP	1,3	0,6	-6,6	4,8
Privater Konsum	1,5	1,6	-8,1	5,9
Staatlicher Konsum	1,2	2,7	4,5	1,8
Bruttoanlageinvestitionen	3,5	2,5	-5,8	5,4
- Ausrüstungsinvestitionen	4,2	4,4	-19,6	12,4
- Bauinvestitionen	2,6	3,8	1,7	1,9
Exporte	2,3	1,0	-13,8	5,4
Importe	3,6	2,6	-10,9	6,1
Arbeitslose in Mio.	2,34	2,27	2,75	3,13
Erwerbstätige in Mio.	44,87	45,27	44,84	44,89
Arbeitslosenquote in Prozent	5,2	5,0	6,0	6,8
Haushaltssaldo in Prozent	1,9	1,4	-6,2	-2,9
Inflationsrate in Prozent	1,8	1,4	0,5	1,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Handelsblatt Research Institute

Trotz dieses Schubs dürfte der private Konsum dieses Jahr um rund acht Prozent sinken. Da die Einschränkungen etwa für Großveranstaltungen auch 2021 noch nicht vollständig aufgehoben sein dürften, rechnet das HRI dann mit einem Zuwachs des privaten Konsums von lediglich sechs Prozent. Zumindest einen Teil des Geldes, das die Konsumenten in der Vergangenheit auf Volksfesten, in Konzerthallen oder Fußballstadien ausgaben, dürfte nicht anderweitig konsumiert, sondern gespart werden.

Die Industrieproduktion erreichte zuletzt wieder fast 90 Prozent des Vorkrisenniveaus, und das Ifo-Geschäftsklima signalisierte einen Stimmungsaufschwung in vielen Branchen. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit der Überwindung des Corona-Einbruchs die strukturellen Probleme zweier wichtiger Industriebranchen wieder offen zutage treten.

Die deutsche Industrie steckte schon vor dem Ausbruch der Pandemie in erheblichen Schwierigkeiten. Im Jahr 2019 verhinderten lediglich der damals noch stark wachsende Dienstleistungssektor und der Bauboom ein Schrumpfen der gesamtwirtschaftlichen Leistung.

Die für den Standort Deutschland so wichtige Autoindustrie hat mittlerweile zwar wieder 85 Prozent ihrer Produktionsleistung von Anfang des Jahres erreicht. Doch von ihren Höchstständen im Herbst 2017 ist die einstige Vorzeigebbranche noch mehr als ein Drittel entfernt.

Kaum besser ergeht es dem Maschinenbau, der zuletzt wieder auf rund 87 Prozent seines Vorkrisenniveaus kam – aber immer noch fast ein Viertel weniger produzierte als Ende 2017. Ob und wann diese Umsätze zurückkehren, ist offen.

Angesichts des Pandemieverlaufs in wichtigen Abnehmerländern bleibt das weltwirtschaftliche Umfeld auf absehbare Zeit schwierig. Anders als nach der Finanzkrise dürfte diesmal der Außenhandel als traditioneller Treiber einer Erholung in Deutschland ausfallen.

### Starker Jobabbau wahrscheinlich

Da in wichtigen Industrien Überkapazitäten bestehen, entwickeln sich auch die Investitionen insgesamt recht schwach. Insbesondere in der Autoindustrie haben große Hersteller und Zulieferer bereits einen massiven Abbau von Arbeitsplätzen angekündigt.

Dieser könnte über mehrere Jahre verteilt durchaus eine sechsstellige Größenordnung annehmen. Zudem werden auch in anderen Branchen Arbeitsplätze wegfallen, spätestens wenn Überbrückungshilfen, Kurzarbeitergeld und Insolvenzschutz auslaufen. Dies wird wohl vor allem den stationären Handel, die Luftfahrt, die Gastronomie sowie den Tourismus massiv treffen. Wegen der im kommenden Jahr anstehenden Bundestagswahl dürfte die Regierung alles daransetzen, einen spürbaren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Dies wird ihr allerdings nur zum Teil gelingen.

In diesem Jahr dürften im Jahresschnitt 2,75 Millionen Menschen arbeitslos sein, was eine halbe Million mehr als im Vorjahr wäre. Im Jahr 2021 dürfte die Arbeitslosigkeit zunächst weiter steigen und im Jahresmittel bei 3,13 Millionen liegen. Das wäre der höchste Stand seit 2010.

Der Konjunkturinbruch, die Mehrausgaben des Staates im Kampf gegen die Pandemie sowie das beherzte Gegensteuern der Regierung gegen den Abschwung führen nicht nur zu steigenden Ausgaben des Staates, sondern vor allem zu erheblich geringeren Einnahmen.

Im Vergleich zur letzten Vor-Corona-Steuerschätzung im vergangenen Oktober fehlt dem Staat dieses Jahr jeder achte Euro eingeplante Steuereinnahmen. Am Jahresende dürfte sich daher in den Staatskassen eine Lücke von rund 200 Milliarden Euro auftun, was etwa sechs Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt entsprechen wird. Im Jahr 2021 dürfte sich die Defizitquote auf rund drei Prozent halbieren.

Der nächste Bundesfinanzminister erbt also eine schwere Bürde. „Unabhängig von ihrer Zusammensetzung dürfte die nächste Bundesregierung bald nach ihrem Amtsantritt aus der aktuell richtigen Politik der Nachfragestabilisierung aussteigen und einen wachstumspolitischen Kurs

einschlagen“, erwartet HRI-Präsident Rürup. „Angesichts des schon bald einsetzenden und gut 20 Jahre anhaltenden markanten Alterungsschubs der Wohnbevölkerung wird jede neue Bundesregierung zu diesem Regimewechsel gezwungen sein.“